

## **Rede von Otto Reger am 19.09.23 aus Anlass der Kundgebung zum UN-Weltfriedenstag**

Nach meiner Begrüßung möchte ich nun darauf eingehen, dass Kriegsdienstverweigerung und Desertieren wichtige Mittel sind, um dem Krieg, d. h. dem Töten und Zerstören etwas entgegengesetzt und die Kriegsmaschinerie aufzuhalten. Die DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) hat viele Mitglieder, die in den 1970er- bis 1990er-Jahren das Grundrecht auf KDV gemäß Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes beantragt haben. Es wurde ihnen aber erst nach einer unwürdigen und untauglichen Gewissensprüfung vor einem Prüfungsausschuss zugestanden.

Außerdem sahen sie mit Vorwürden konfrontiert, Drückeberger oder Weicheier zu sein und andere im Stich zu lassen. Trotzdem haben Hunderttausende den Kriegsdienst verweigert und damit auch deutlich gemacht, dass sie die militärischen Sicherheitspolitik ablehnen. Abschreckung und Aufrüstung hielten sie für untauglich. Und die steigende Zahl von KDV-Anträgen erschwerten es der Bundeswehr tatsächlich genügend Wehrpflichtige zu rekrutieren.

Außerdem haben KDV als Zivildienstleistende einen gesellschaftlich wichtigen Dienst in Krankenhäusern, Altenheimen und Kindergärten geleistet.

Die Wehrpflicht ist heute ausgesetzt und die Bundeswehr ist gezwungen, Millionen Euro in Werbekampagnen zu investieren. Junge Leute werden mit Karriereversprechen gelockt in einen „Beruf wie jeder andere“. Doch Töten und getötet werden, wird sonst in keinem anderen Beruf verlangt. Seit einiger Zeit gibt es Stimmen, die die Wehrpflicht wieder einführen wollen um die Zahl der Soldat\*innen - wie beschlossen - zu erhöhen. Diesen Plänen möchte ich mit aller Entschiedenheit widersprechen.

Viele KDV sind auch nach 40 und 50 Jahre immer noch aktive Mitglieder in der DFG-VK oder in anderen Friedensorganisationen. Sie vernetzen sich mit der War Resisters' International, WRI, der Internationale der Kriegsdienstverweigerer. Die WRI ist ein pazifistisches und antimilitaristisches Netzwerk mit über 90 angeschlossenen Gruppen in 40 Ländern, das sich für eine Welt ohne Krieg einsetzt. In Deutschland gibt es auch den sehr aktiven Verein Connection e. V., der KDV weltweit unterstützt etwa in der Türkei und Israel und aktuell besonders in der Ukraine, Russland und Belarus.

Im gemeinsamen Aufruf zu unserer Aktion heute steht folgendes: „Vor allem die Betroffenen, die zivilen Widerstand leisten und gewaltfreie Aktionen durchführen, die desertieren oder den Kriegsdienst verweigern, brauchen unsere Unterstützung.“

Diese Unterstützung gebe ich gerne, indem ich darstelle, welchen Schwierigkeiten KDV und Deserteure ausgesetzt sind und wie man sie unterstützen kann.

Menschen, die desertieren, sich der Militärfassung entziehen oder den Kriegsdienst verweigern, haben es gerade in Russland, Belarus und der Ukraine besonders schwer. Russland und Belarus

halten sich nicht an internationale Vorgaben. Die Ukraine hat das Recht auf Kriegsdienstverweigerung mit Beginn des Krieges ausgesetzt.

In Russland und Belarus ist ein Antrag nur bis zur Einberufung möglich. Danach gibt es kein Recht auf KDV für Reservisten und Soldaten, also auch nicht für die, die von einer Mobilmachung betroffen sind. In den Separatistengebieten in der Ost-Ukraine wird zwangsrekrutiert und es gibt kein Recht auf KDV. Statt dessen werden Verweigerer an die Front geschickt oder inhaftiert. Die Ukraine hat bereits einige KDV zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Im ersten Kriegsjahr haben sich Hunderttausende Männer und Frauen auf allen Seiten dem Kriegsdienst entzogen. Russische und belarussische Verweigerer fliehen vor allem nach Kasachstan, Georgien oder Armenien. Ukrainische Verweigerer sind häufig nach Westeuropa gegangen.

Was passiert, wenn ukrainische KDV Asyl bei uns beantragen? Der Grundsatz der Rechtsprechung in Deutschland ist: Verfolgung und Bestrafung für eine Verweigerung wird als legitimes staatliches Handeln eingestuft. Wer nur aus diesem Grund im Herkunftsland eine Strafe zu befürchten hat, erhält kein Asyl bei uns. Das ist furchtbar und nicht nachvollziehbar.

Die Bundesregierung hatte zugesagt, dass russische Deserteure Flüchtlingsschutz erhalten sollen. Anfang 2023 lehnte das Bundesamt für Migration die ersten Anträge ab. Diese betrafen Verweigerer, die sich frühzeitig den Rekrutierungen entzogen hatten weil sie erkannten, dass der Krieg vorbereitet wurde. Die Ablehnung des Asyls ist völlig inakzeptabel! Ich fordere die Bundesregierung auf, KDV effektiv und effizient durch ein unbefristetes und sicheres Bleiberecht zu unterstützen.

Maksim Gaidukov aus Russland reiste wenige Tage nach Kriegsbeginn (zur Erinnerung, es war der 24. Februar 2022) am 9. März 2022 nach Deutschland *als damals 20-Jähriger*. Es begründete das so: *„Die Entscheidung fiel, nachdem der Krieg mit der Ukraine begonnen hatte. Ich sah, was dort passierte und fühlte mich verraten. Da werden junge russische Männer in die Ukraine geschickt, um Menschen zu ermorden und dafür zu sterben. Sie sind verraten und werden missbraucht. Ich will nicht einer von ihnen sein. Ich darf nicht zulassen, dass Menschen durch meine Hand sterben. Deshalb musste ich gehen. Einen anderen Ausweg sehe ich nicht.“*

Maksim hat in Deutschland eine Beschäftigung als Model gefunden und erhielt eine Aufenthaltserlaubnis, die aber nur befristet ist.

In einem Interview mit Yurii Sheliashenko schildert Andrii Vyshnevetskyi aus der Ukraine mit bewegenden Worten seine Situation: *„Ich wurde in die Armee einberufen, obwohl ich Pazifist bin und nach meinem religiösen Glauben keine Menschen töten und nicht kämpfen darf. ... Ich will und kann nicht töten. Ich will leben, ich will meine 9-jährige Tochter aufziehen, ihr meine Liebe geben. Ich bin gegen Krieg und das Töten von Menschen, ich bin gegen Gewalt. Ich bin Mitglied der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung und habe die Erklärung unterschrieben, in der es heißt, dass Krieg ein*

*Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Ich lehne jede Art von Krieg ab und werde versuchen, alle Kriegsursachen zu beseitigen.“*

Der erwähnte Yuri Sheliashenko ist Pazifist, KDV, Menschenrechtsaktivist und Sekretär der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung. Er engagiert sich auch in der US-amerikanischen Friedensorganisation World BEYOND War und ist auch deshalb ein international bekanntes Gesicht und Beispiel dafür, dass es in der Ukraine Menschen gibt, die sich ohne Waffen gegen den russischen Angriff wehren.

Seit August gehen die ukrainischen Behörden massiv gegen Yuri vor. Im August fand eine Hausdurchsuchung statt mit Beschlagnahme von Computer und einem teilweisen Hausarrest. Verschärfend wird ihm jetzt vorgeworfen, die russische Aggression zu rechtfertigen. Diese sei angeblich in der Erklärung "Friedensagenda für die Ukraine und die Welt" der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung erfolgt. Sie wurde beim Treffen zum UNO-Weltfriedenstag letztes Jahr am 21. September 2022 verabschiedet. Tatsächlich wird die russische Aggression darin ausdrücklich verurteilt. Zahlreiche Friedensorganisationen erklären sich mit Yuri solidarisch und haben ein Protestschreiben an Präsident Selenskyj verfasst. Es liegt hier aus und wir wollen es mit euren Namen unterschrieben nach Kiew schicken.

Die Organisation „Unser Haus“ in Belarus setzt sich für Menschenrechte ein und dafür, dass sich Belarus nicht direkt am Krieg in der Ukraine beteiligt. Dafür setzt sich die Leiterin von „Unser Haus“, Olga Karatch, ein. Weil sie mit Strafan- und Morddrohungen und dem Vorwurf Terroristin zu sein, konfrontiert ist, ist sie nach Litauen geflüchtet. Sollte sie nach Belarus zurückkehren, drohen ihr eine sofortige Festnahme und eine Verurteilung zu vielen Jahren Gefängnis.

Am 18. August dieses Jahres verweigerte Litauen Olga Karatch politisches Asyl und nannte sie eine „Person, die eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Republik Litauen darstellt“.

Ihr wurde jedoch ein zweijähriger vorübergehender Aufenthalt im Land gewährt, wahrscheinlich aufgrund internationaler Briefe, die einige Politiker\*innen und Stiftungen an die Behörden und an litauische Botschafter in verschiedenen Ländern geschrieben hatten. Bitte unterstützt das Solidaritätsschreiben für Olga an die litauische Regierung.